

BUND ist gegen Ortsumgehung Straßenhaus

Naturschützer beziehen Stellung – BI begrüßt Positionierung und übt Kritik am Gemeinderat

■ **Straßenhaus.** Wenig überraschend hat sich jetzt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Rheinland-Pfalz gegenüber der zuständigen Planungsbehörde, dem Landesbetrieb Mobilität (LBM), auch offiziell strikt gegen die geplante Ortsumgehung Straßenhaus (B 256) positioniert. In der vom Regionalbeauftragten für das nördliche Rheinland-Pfalz, Egbert Bialk, verfassten Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens zur sogenannten Planfeststellung führt der BUND gleich eine ganze Reihe von Gründen auf, weshalb vom Bau der Ortsumgehung Straßenhaus und weiterer Umgehungsmaßnahmen entlang der Strecke abzusehen sei.

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme, die der RZ vorliegt: „Der BUND lehnt den Aus- und Neubau der B 256 im Bereich zwischen Rengsdorf und A 3 komplett ab. Dies gilt insbesondere für den Neubau der Ortsumgehung Straßenhaus.“ Das Planfeststellungsverfahren sei aus rechtlichen, verkehrlichen und naturschutzfachlichen Gründen einzustellen. Für die Ortsdurchfahrt Straßenhaus seien natur- und menschenverträgliche Alternativen, insbesondere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, zu priorisieren.

Das Umweltbundesamt hatte zuletzt den Bundesverkehrswegeplan scharf kritisiert. Vorhaben wie Ortsumgehungen, die die Kulturlandschaft zerschneiden, Flächen ohne gleichwertigen Ausgleich versiegeln, seien demnach abzulehnen. Genau an diesen Vorgaben orientiert sich nun der BUND bei seiner offiziellen Stellungnahme zum Fall Straßenhaus, die im Wesentlichen fünf Eckpunkte enthält:

1 Da heißt es zunächst: „Es bestehen erhebliche rechtliche Bedenken hinsichtlich der Nichtberücksichtigung der völkerrechtlich verbindlichen Vorgaben des Pariser Klimaabkommens.“ Dabei heben die Naturschützer etwa auf den vermehrten CO₂-Ausstoß auf der Umgehungsstraße ab, auf der deutlich schneller gefahren werden darf als im Ort. Zudem würde eine Umgehung zusätzlichen Verkehr anlocken, was zu noch mehr Lärm und Emissionen führe. Dabei verweist der BUND vergleichsweise auf die Umgehung Rengsdorf.

2 Ferner heißt es: „Schwerwiegende Bedenken und Eingaben aus der Bevölkerung und der Umweltverbände, auch des BUND, bei der Verlängerung des Raumordnungsbescheides und der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes wurden weder bearbeitet noch abgewogen. Insbesondere bestehe kein hinreichender verkehrlicher Bedarf für eine Baumaßnahme mit solch gravierenden Eingriffen in wesentliche Schutzgüter.“ Die Maßnahme verlagere die Verkehrsbelastung lediglich in andere Bereiche der Gemeinde. Eine besondere Dringlichkeit für die Baumaßnahme bestehe nicht, und das Vorhaben sei nicht hinreichend begründet.



An dieser Stelle der Ortsdurchfahrt Straßenhaus könnte ein Kreisell eine verkehrsberuhigende Wirkung entfalten. Dafür macht sich auf Vorschlag der Grünen nun auch der Ortsgemeinderat stark.

Foto: Jörg Niebergall (Archiv)

3 Darüber hinaus bestehen laut BUND erhebliche naturschutzfachliche Bedenken gegen die Planung. „Die Eingriffe in den Naturhaushalt sind nur zu einem geringen Teil ausgleichbar. Ausgleichsmaßnahmen sind insbesondere im Nahbereich der Maßnahme nicht hinreichend vorgesehen“, heißt es wörtlich.

4 Davon abgesehen bemängelt der BUND den Umgang mit Alternativen zur Ortsumgehung: „Alternativen und deren Entlastungseffekte für die Bevölkerung, insbesondere eine innerörtliche Verkehrsberuhigung oder eine kleine Tunnellösung wie von der örtlichen Bürgerinitiative vorgeschlagen, wurden nicht öffentlich nachprüfbar und ergebnisoffen geprüft und bewertet.“

„Etwa die Hälfte der heutigen Bevölkerung von Straßenhaus würde das nicht mehr miterleben.“

BI-Vorsitzender Herbert Krobb sieht einen Baubeginn im Falle einer Klage in weiter Ferne.

5 Schließlich schließen sich die Naturschützer „den detailliert begründeten und schriftlich vorgebrachten Bedenken der Bürgerinitiative Zukunft für Straßenhaus grundsätzlich an und machen sie uns zu eigen“. Eine von der BI geforderte Tunnellösung „halten wir allerdings nicht für erforderlich. Die Untertunnelung oder Tieferlegung mit Deckelung sollte jedoch ergebnisoffen, öffentlich nachvollziehbar sowie unter realistischen Annahmen und Größenordnungen fachlich vertieft geprüft werden.“ Bis dahin müsse die weitere Umgehungsplanung eingestellt werden.

Herbert Krobb, Vorsitzender der Bürgerinitiative Zukunft für Straßenhaus, begrüßt die Stellungnahme des BUND, nennt sie in einer der RZ vorliegenden Mitgliederinformation eine „hervorragende Ausarbeitung mit klarer Darstellung der vielen Schwächen dieser unsäglichen Planung einer sogenannten Ortsumgehung B 256 Straßenhaus“. In dem Schreiben kritisiert Krobb überdies mit Ausnahme der Grünen-Fraktion einen Großteil des Gemeinderates, wirft ihm Starrsinnigkeit vor, da das Gremium seit 1979 eine Ortsumgehung diskutiere und befürworte, die der BI-Vorsitzende als „Fehlplanung“ und „Irrweg“ bezeichnet.

Krobb rechnet vor, dass eine zeitnahe Realisierung nicht mög-

lich sei. Sollte die BI den Klageweg beschreiten müssen, „würde es selbst bei einer Niederlage vor Gericht weitere 25 bis 40 Jahre dauern, bis ein Baubeginn überhaupt erfolgen könnte. Etwa die Hälfte der heutigen Bevölkerung von Straßenhaus würde das nicht

mehr miterleben“, meint Krobb und verweist auf die von der BI vorgeschlagene und vom BUND zitierte Tunnellösung, die aus seiner Sicht „in gut zehn Jahren fertig sein“ könnte.

Krobb appelliert an die Gemeinderatsmitglieder, sich für ei-

ne „Lösung der Vernunft“ einzusetzen. „Anderorts geht das, da kämpfen Bürgerinitiativen und Gemeinderäte geschlossen gegen unsinnige und zerstörerische Bauvorhaben“, erklärt er mit Verweis auf die Ortsumgehung B 8 in Wey-

rgr/isy